

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

In meinem heutigen Redebeitrag zum OB30 möchte ich an dem anknüpfen, was ich bereits gestern zum OB40 erläutert habe.

Zum einen ging es um den Einfluss der EU auf die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zum anderen, um die Rolle der Politik im Bereich Jugend.

Ich werde Ihnen unsere Position nun anhand des Bereichs Unterrichtswesen erneut darlegen.

Mein Kollege Michael Balter hat gestern schon ausführlich den Unterschied zwischen Europa und der Institution EU dargelegt, so dass ich das hier nicht zu wiederholen brauche. Interessant ist lediglich, wie der Unterrichtsminister anlässlich der Debatte zum QDG, dem Qualifikationsrahmen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, im vergangenen November diese beiden vermischt. Zu suggerieren, unsere Kritik an der europäischen Union stelle eine echte Gefahr für den Frieden in Europa und die Demokratie dar, ist schon sonderbar, und bedenklich!

Wir stellen Institutionen intensiv in Frage, die vorgeben, auf einer demokratischen Grundlage zu basieren, es aber gar nicht tun. Wie demokratisch ist denn eine Kommission, die nicht einmal von den Bürgern direkt oder indirekt gewählt wird, aber weit reichende Entscheidungsbefugnisse hat? Und wie demokratisch ist denn ein EU-Parlament, das zwar demokratisch gewählt wird und dazu noch ein Haufen Geld kostet, aber faktisch nur sehr wenig Macht besitzt?

Kolleginnen und Kollegen, ist das in Ihren Augen Demokratie? In meinen Augen nicht. Immer öfter höre ich von Unternehmern und anderen Bürgern, das wir mehr und mehr von Beamten der EU regiert werden, den so genannten Eurokraten. Dies ist nicht nur eine subjektive Empfindung, nein es ist eine Tatsache.

Deswegen werden wir weiter die EU-Institutionen in den Punkten kritisieren, die nicht demokratisch sind und die nicht dem Wohle aller Bürger dienen. Und das sind leider eine ganze Menge.

Einer davon ist der Bereich Bildung. Mich wundert es sehr, dass der Unterrichtsminister sich selbst nicht mehr über das Vorgehen der EU empört. Schließlich nimmt die EU direkt, aber manchmal auch subtil, Einfluss auf die Bildungspolitik in der DG. Und dabei ist die Bildung doch eigentlich Zuständigkeit der Nationalstaaten bzw. ihren Gliedstaaten und nicht der EU.

Um dies zu verdeutlichen möchte ich Peter Becker und Radostina Primova aus ihrem Diskussionspapier mit dem Titel „Die Europäische Union und die Bildungspolitik“ zitieren. Es handelt sich um ein Diskussionspapier aus der Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung „Wissenschaft und Politik“ aus Berlin und stammt aus dem Jahre 2009.

„Die Bildungspolitik gehört zu denjenigen Politikbereichen, bei denen die Entscheidungskompetenzen eindeutig bei den Mitgliedsstaaten liegen und die EU lediglich eine Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion übernimmt. Die Europäische Union leistet, einen Beitrag zu einer qualitativ hoch stehende allgemeinen beruflichen Bildung‘; zugleich verpflichtet sie sich, die Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems‘ strickt zu beachten. Die EU verfügt in der Bildungspolitik somit über lediglich ergänzende Zuständigkeiten.

Trotz dieser begrenzten bildungspolitischen Zuständigkeiten der Europäischen Union hat sich seit den 1960er Jahren die Bildungspolitik - zunächst sehr langsam und seit Ende der 1990er Jahre mit zunehmender Geschwindigkeit - zu einem besonderen Feld der europäischen Politik entwickelt. Die europäische Bildungspolitik konzentrierte sich lange Zeit auf die Verabschiedung von bildungspolitischen Aktionsprogrammen und entwickelte erst in den letzten zehn Jahren eigene politische Ziele und eine deutliche Zunahme der Rechtsetzungstätigkeit. Die Dynamik und die ‚expansionistische Natur‘ der europäischen Bildungspolitik führten allerdings zugleich zu einer wachsenden Skepsis gegenüber den europäischen Aktivitäten. Dabei wurde sowohl die Tendenz zu einer rein an ökonomischen Kriterien orientierten Bildungspolitik als auch die Harmonisierung und Zentralisierung nationaler Bildungssysteme kritisiert. Die Mitgliedsstaaten versuchen seit vielen Jahren ihre nationale Bildungspolitik gegenüber europäischer Einflussnahme abzuschirmen.“
(Zitat Ende)

Letztes konnte ich in der DG noch nicht wirklich feststellen, im Gegenteil.

Weiter heißt es in diesem Dokument:

„Die Europäische Kommission übt eine Schlüsselrolle bei der Formulierung und Durchsetzung bildungspolitischer Ziele und Kriterien aus. Allerdings übernimmt sie häufig Vorschläge und Anregungen in ihre Aktionsprogramme, die auf die Interessen bestimmter Wirtschafts- und Industrieverbände zurückzuführen sind. Deren Interesse besteht vornehmlich darin, die Bildungspolitik der EU für ökonomische und arbeitsmarktpolitische Zwecke zu nutzen. Deshalb gehören zu den wichtigen Akteuren, die Einfluss auf die EU-Bildungspolitik ausüben, auch der europäische Dachverband der Unternehmer- und Arbeitgeberverbände „Business Europe“ (bis 2007 UNICE – Union of Industrial and Employers’ Confederations of Europe), und der „European Round Table of Industrialists“ (ERT), ein informelles Gremium von insgesamt 45 europaweit tätigen großen Unternehmen. Die beiden Interessenvertretungen positionieren sich regelmäßig zu bildungspolitischen Fragen und Programmen und stellen die Förderung der Bildung als einer ihrer Hauptprioritäten dar. Mit der Ausrichtung der EU-Bildungspolitik auf primär ökonomische Kriterien nahm der Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die EU-Kommission weiter zu.“

Und noch etwas weiter heißt es dann:

„Die Betonung von Bildung und lebenslangem Lernen als wichtige Faktoren zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Verbesserung der Beschäftigungschancen wird seither sowohl von UNICE als auch von der EU immer deutlicher hervorgerufen. UNICE betonte die fundamentale Bedeutung von qualifizierten Arbeitskräften für die europäischen Unternehmen und ganz allgemein von Bildung, die als „soft skills“ noch stärker arbeitsmarktrelevante Kompetenzen und Fähigkeiten vermitteln sollte. Auch das Konzept des lebenslangen Lernens wird primär unter unternehmerischen und ökonomischen Erfordernissen bewertet und als Notwendigkeit hervorgehoben. Im Bereich der allgemeinen und der beruflichen Bildung sollten aus diesem unternehmerischen Blickwinkel vornehmlich solche Kompetenzen vermittelt werden, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen.“

(Zitat Ende)

Ich glaube hiermit sehr klar den Einfluss der EU auf die Bildungspolitik in der DG erläutert zu haben. Vieles von dem gesagten wurde und wird in der DG so

umgesetzt. Natürlich mit teilweise anderen Argumenten wie denen der Unternehmervvertretungen.

Nun, eingangs habe ich erwähnt, dass ich die Rolle der Politik, in Anlehnung an meine gestrigen Ausführungen zum Bereich Jugend, heute für den Politikbereich Unterricht darlegen möchte.

Letzte Woche fand in Verviers eine Veranstaltung mit dem Journalist und Autor, André Stern statt. Vielleicht hatte jemand von Ihnen das Glück dort sein zu können? Ich konnte dies leider nicht. Herr Stern ist Mitautor des Buchs mit dem in meinen Augen neugierig machenden Titel: „...und ich war nie in der Schule: Geschichte eines glücklichen Kindes“.

Keine Panik, die Vivant-Fraktion schlägt jetzt nicht die Abschaffung aller Schulen vor. Nein, das Buch soll, so die Worte des Autors, zum Nachdenken anregen. Es soll an seinem, persönlichem Beispiel aufzeigen, wie Bildung noch funktionieren kann. Er betont ausdrücklich, dass seine Erfahrungen nicht auf jeden anwendbar sind, da das Umfeld nicht bei jedem dazu geeignet ist. Dies sei auch gar nicht erstrebenswert. Viel mehr geht es ihm darum, in spannenden Erzählungen, aus seiner Kindheit oder auch von seinem Erleben des Aufwachsens seines inzwischen 5 Jahre alten Sohnes zu berichten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Erfahrungen und Erlebnisse, die ihn geprägt oder sollte ich sagen, gebildet haben.

So entdeckte er als Kind beispielsweise in den Büchern und Zeitschriften seiner Eltern, Eier die in daneben stehende Eierbecher passten. Seine Neugierde wurde geweckt. Was hatte es damit auf sich. Bei den Eiern handelte es sich um den Buchstaben „O“ und bei den Eierbechern um den Buchstaben „C“. Seine Eltern, beide Pädagogen, erklärten ihm das dies Buchstaben seien. Und dann wollte er alle Buchstaben kennen lernen.

Herr Stern will damit verdeutlichen, dass Kinder von selbst die Welt entdecken wollen und entdecken können. Und diese Methode, wenn wir sie den als solche bezeichnen wollen, kann viel effektiver als das unterrichten und vermitteln von Wissen und Kompetenzen sein. Dabei spielt die Begeisterung, die Neugierde, das Entdecken wollen eine ausschlaggebende Rolle. Erst wenn Begeisterung, tiefes Interesse

vorhanden ist, kann erlerntes dauerhaft oder sagen wir nachhaltig, erlernt werden. Dies bestätigen Hirnforscher, wie Gerald Hüther, schon seit Jahren. Auch sein Buch mit dem Titel: „Jedes Kind ist hoch begabt: Die angeborenen Talente unserer Kinder und was wir aus ihnen machen“ kann ich jedem in diesem Hause nur wärmstens empfehlen.

Ich würde jetzt gerne noch mehr über Herrn Stern und Herrn Hüther reden, doch das würde den Rahmen dieser Haushaltsdebatte sprengen. Außerdem können diese Personen das viel besser selber. In diesem Sinne möchte ich einen Vorschlag an Ausschuss 3, bzw. das ganze Parlament richten, entweder einmal einen Vortrag der beiden Herrn zu besuchen, oder insofern möglich und nicht zu kostspielig, sie in unser Haus einzuladen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung mit diesem Thema gerade für die DG-Bildungspolitik sehr bereichernd sein kann.

Wir sind der Meinung, dass die aktuelle Bildungspolitik dringend einen Kurswechsel benötigt, um den anstehenden Herausforderungen entgegen treten zu können. Sicherlich ist das ein langer Weg. Doch jeder Weg beginnt damit, das man den ersten Schritt tut.

Ich Danke für Ihre Aufmerksamkeit,
Alain Mertes,
Vivant-Fraktion